

Weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität als Alternative zu Massenarbeitslosigkeit und neoliberaler Diktatur

30-Stunden-Woche für Europa

Mohssen Massarrat

März 2004

Erschienen in : **WERDEN, 2005/2006, Jahrbuch für die Gewerkschaften**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Massenerwerbslosigkeit und Krise des Keynesianismus

Die neoliberale Diktatur

Neoliberale Hegemonie angesichts der Krise des klassischen Keynesianismus

Das humanitäre Leitbild als Alternative zur neoliberalen Leitkultur

Aus der Krise in die politische Offensive: Weniger Erwerbsarbeit und mehr

Lebensqualität - 30-Stunden-Woche für Deutschland und Europa bis 2010

- *Umverteilung von Arbeit und Einkommen*
- *Weniger Erwerbsarbeit und mehr Flexibilität*
- *Europäische Perspektive des Projekts*
- *Globale Gerechtigkeit*
- *Historisches Projekt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft*
- *Delegitimierung des Neoliberalismus*

Einwände

- *Sozial ungerecht und defensiv*
- *Sinkende Binnennachfrage*
- *Steigende Verdichtung der Arbeitsleistung, neue Rationalisierungsschübe und daher weitere Massenentlassungen*
- *Systemimmanenz*

Anlage

Einleitung

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Europa ist das größte Hindernis für echte und an den Menschen orientierten Reformen. Klassische keynesianische Konzepte reichen längst nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit zu bewältigen. Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug nicht der eigenen konzeptionellen und moralischen Überlegenheit, sondern in erster Linie der Krise des Keynesianismus und der linken Parteien. Es ist den neoliberalen Ideologen, Parteien und Institutionen gelungen, die Nöte und sozialen Unsicherheiten der Menschen für ihre unsichtbare Diktatur der kulturellen Hegemonie zu instrumentalisieren und weltweit manchesterkapitalistische Bedingungen durchzusetzen. Die Zeit dafür ist reif, den Neoliberalismus durch ein an den Menschen orientiertes Leitbild für *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung* abzulösen. Dazu bedarf es einer neuen Allianz aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, die in der Lage sind, Tabus abzulegen und das historische Projekt der Neugestaltung von Erwerbs- und Eigenarbeit, der Umsetzung qualitativer Wachstumsstrategien und des Einleitens einer gerechteren Weltordnung kraftvoll anzupacken.

Massenerwerbslosigkeit und Krise des Keynesianismus

Die Massenerwerbslosigkeit ist ein weltweites Phänomen. In den Industrieländern bewegt sich die Arbeitslosenrate in einer Spannbreite von 3% (Luxemburg) bis 12% (Spanien). In den östlichen und südlichen Transformations- und Entwicklungsländern beträgt sie 20% und deutlich darüber. Die Ursachen sind dabei nicht dieselben: hohe Wachstumsraten gehören in den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten der Vergangenheit an,

sie bewegen sich seit Anfang der siebziger Jahre tendenziell unterhalb der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität. Das hohe Rationalisierungstempo als Folge des flächendeckenden Einsatzes von High-Tech und Kommunikationstechnologien kann durch die Mobilisierung von neuen Wachstumskapazitäten trotz erheblicher Anstrengungen nicht mehr aufgefangen werden. In den entwickelten Industrieländern wird immer mehr gesellschaftlicher Reichtum mit immer weniger lebendiger Arbeit produziert, ganze Bevölkerungsschichten verlieren ihre Arbeit und werden auf Dauer vom Arbeitsprozess und vom Wirtschaftskreislauf abgekoppelt. In den Transformations- und Entwicklungsgesellschaften werden zwar sehr hohe Wachstumsraten erzielt und die Wachstumsressourcen werden für lange Zeit auch beträchtlich bleiben. Auch hier herrscht trotz hoher Wachstumsraten und Wachstumspotentiale Massenerwerbslosigkeit, weil die Aufnahmekapazität der Arbeitsmärkte dieser Gesellschaften nicht groß genug ist, um jenes beträchtliche neue Arbeitskräftepotential aus den noch nicht durchkapitalisierten Bereichen zu absorbieren.

Der klassische, auf Vollbeschäftigung orientierte „(Links-)Keynesianismus“ lieferte über mehrere Jahrzehnte in den OECD-Staaten wirkungsvolle Konzepte zur Eindämmung der Massenerwerbslosigkeit. Als Strategie zur Mobilisierung von Wachstumsressourcen war er während der Nachkriegsära in den Industriestaaten des Nordens mit ihren als unerschöpflich erscheinenden Wachstumskapazitäten in der Tat unschlagbar. Wo aber Wachstumsressourcen zur Neige gehen, das Rationalisierungstempo rasant ansteigt und extensive durch intensive Wachstumsstrategien abgelöst werden, verlieren keynesianische Instrumente, auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, ihre Durchschlagskraft.¹ Dies ist m.E. der Hauptgrund für die Krise des

¹ Ungeachtet seines Bedeutungsverlustes als Beschäftigungsstrategie bleibt der Keynesianismus auch in den OECD-Staaten weiterhin ein wirksames Steuerungskonzept bei Konjunkturschwankungen. In den Transformationsgesellschaften scheinen keynesianische Konzepte auch hinsichtlich der Mobilisierung von Wachstumsressourcen und Beschäftigungskapazitäten die Zukunft noch vor sich zu haben.

Beschäftigungs-Keynesianismus seit dem Beginn der achtziger Jahre und für die tiefgreifende Unsicherheit der Links-Keynesianer aller Schattierungen gegenüber den neoliberalen Postulaten von Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Bis heute befindet sich die keynesianische Beschäftigungspolitik in einer Defensive, aus der sie auch absehbar nicht herauskommen dürfte.

Keynesianismus und Neoliberalismus haben - wie die Szenarien der Erwerbslosigkeit für den Zeitraum 1997-2010 belegen - beide keine wirksamen Konzepte zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit. Demnach wird z.B. in Deutschland, selbst bei sehr optimistischen Wachstumsraten von jährlich 2,6 - 2,8% bis 2010, die Massenerwerbslosigkeit nicht abnehmen,² weil für diesen Zeitraum Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität zwischen 2,4 - 2,6% prognostiziert werden. Nur durch deutlich höhere Wachstumsraten kann jedoch mit einem Abbau der Erwerbslosigkeit gerechnet werden. Inzwischen wurden die prognostizierten Wachstumsraten durch die realen Wachstumsraten, die zwischen 1997-2003 deutlich unter 2% lagen, drastisch unterschritten. Höhere Wachstumsraten waren und sind also unrealistisch. Sie sind - selbst wenn sie erreichbar wären - auch aus ökologischen Gründen nicht wünschenswert. Ungeachtet der Problematik der ökologischen Wachstumsgrenzen können angesichts der weiterhin zu erwartenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der wachsenden Erwerbslosigkeit auch Maßnahmen wie Förderung kommunaler Investitionstätigkeit, Impulse für den Binnenmarkt durch Steuersenkung, Förderung des Mittelstandes, Investitionsprogramme für die Modernisierung der Infrastruktur und der Umwelt - wie sie aus dem Kreis linker Sozialdemokraten und der Gewerkschaften als Alternative zur Agenda 2010 erhoben werden - bestenfalls die weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit bremsen. Sie reichen allein zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit nicht aus.

Die neoliberale Diktatur

Der klassische Keynesianismus zielt auf Vollbeschäftigung, scheitert aber an Grenzen, die durch eine Wechselwirkung von steigender Arbeitsproduktivität und sinkender Wachstumsressourcen hervorgerufen werden. Der Neoliberalismus braucht dagegen die Massenerwerbslosigkeit. Er gleicht einer imaginären globalen Mega-Planieraupe, die auf der Schiefebene des globalen Lohngefälles dahin rollt und dabei alle politischen und moralischen Schranken niederreißt, die den Interessen der Reichen dieser Welt entgegen stehen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, Privatisierung und Deregulierung aller Lebensbereiche beschleunigen zusätzlich das Bewegungstempo dieser globalen Mega-Maschine, das globale Lohngefälle bleibt aber ihre Hauptantriebskraft. Diese Mega-Maschine ist die Metapher für eine unsichtbare Diktatur der Reichen und eines neuen Typs kapitalistischer Akkumulation, die - nicht zu verwechseln mit Adam Smith unsichtbarer Hand des Marktes - auch ohne den Absolutismus des Manchesterkapitalismus und die Militärdiktaturen in der Dritten Welt für Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung in den Industrieländern und für Hungerlöhne in der Dritten Welt sorgt, und die, auch ohne Faschismus und Stalinismus, unbemerkt demokratische Errungenschaften aufzehrt. Diese Diktatur ist in Wirklichkeit gefährlicher, gerade weil sie unsichtbar, dafür aber umso wirkungsvoller nicht nur die Weiterentwicklung der Gerechtigkeit und der Demokratie blockiert, sondern weil sie die bis dato aufgebauten Fundamente der Gerechtigkeit und Demokratie schleichend wegspült.

Diese unsichtbare Diktatur ist es auch, die dafür sorgt, dass hart erkämpfte soziale Errungenschaften abgebaut, Unternehmen und Staaten von ihrer sozialen Verantwortung entlastet werden und dass ein globaler Lohnniedrigsektor etabliert wird. Diese Diktatur ermöglicht ferner, dass eine reibungslose

² Altmann, Jörn, 2000: Wirtschaftspolitik, Stuttgart.

Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden stattfinden kann und dass Regierungen gegen Gewerkschaften, Kommunen und Länder gegen den Bund, jüngere gegen ältere Generationen, Männer gegen Frauen und Inländer gegen Ausländer ausgespielt werden. Der Handlungsspielraum für die Zukunftsgestaltung, für Strategien zum ökologischen Umbau, Klimaschutz und globale Armutsbekämpfung werden auf Null reduziert. Reformen verlieren dabei auch begrifflich ihren gestalterischen Sinn und werden zu Maßnahmenbündeln des Sozialabbaus undefiniert. In diesem System erst einmal verhaftet, beginnen selbst Regierungen mit sozialökologischem Reformanspruch entgegen der eigenen Programmatik zu handeln und - wie die Bundesregierung - soziale Einschnitte, wie beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes, höhere Arbeitnehmeranteile an den Gesundheitskosten und Erhöhung des Rentenalters, wider besseren Wissens als Reformprogramme zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auszugeben. Die Nöte und Sorgen der Menschen um ihre Zukunft, der Wunsch von Millionen Arbeitslosen nach Beschäftigung - in der EU sind es inzwischen mehr als 14 Millionen Menschen - werden zur Legitimation von Scheinlösungen gegen die Erwerbslosigkeit instrumentalisiert. Wo die gesamten Denk- und Handlungskapazitäten von Gesellschaften auf Scheinlösungen und Lebenslügen gelenkt werden, erledigen sich alle Anstrengungen für eine zukunftsfähige und gerechtere Welt von selbst.

Diese neoliberale Diktatur funktioniert so lange wie der Teufelskreis der Massenarbeitslosigkeit und der Abwärtsspirale der Lohnsenkung erhalten bleibt und solange die einseitige Liberalisierung entlang der asymmetrischen Achse globaler Machtungleichheit das Tor zur hemmungslosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen offen hält. So lange schöpfen auch neoliberale Propagandisten aus diesem Teufelskreis ihre als eine unsichtbare Diktatur wirkende "kulturelle Hegemonie", und so lange können sie unwidersprochen diesen Teufelskreis als Naturgesetz - *there is no alternative* -

ausgeben, dem sich alle zu beugen haben. - Und sie beugen sich: sozialdemokratische und sozialistische Parteien bis hin zu katholischen Bischöfen verneigen sich vor diesem gnadenlosen "Sachzwang". Während der Neoliberalismus linke Parteien wie führungslose Züge vor sich hertreibt und sie zu willigen Vollstreckern seiner "Reformen" macht, verlieren diese Parteien ihre soziale Basis und die Gewerkschaften ihre Mitglieder. Die nächste Etappe neoliberaler Offensive zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist längst im Gange. Zunächst verlängert der öffentliche Dienst - wie Ende März 2004 angekündigt - die Arbeitszeit auf 40 oder gar 42 Stunden, um dann die Übertragung der Arbeitszeitverlängerung auf alle Bereiche unausweichlich zu machen.

Neoliberale Hegemonie angesichts der Krise des Keynesianismus

Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug und seine weltumspannende kulturelle Hegemonie nicht der eigenen konzeptionellen und moralischen Überlegenheit, sondern in erster Linie den Schwächen linker Parteien und Gewerkschaften, letztlich der Krise des klassischen Beschäftigungs-Keynesianismus, an dem die Linke immer noch festhält. Dieser setzt jedoch wegen der anhaltend steigenden Produktivität, Rationalisierung und Massentlassungen hohe Wachstumsraten voraus, die in hoch entwickelten Industrieländern - wie oben erwähnt - längst an ihre ökologischen Grenzen gestoßen sind.

Neoliberale Verheißungen, wie mehr Beschäftigung durch Wachstum und weniger Armut durch Liberalisierung, lassen - nach einem Viertel Jahrhundert neoliberaler Globalisierung - immer noch auf sich warten. Die Massenarbeitslosigkeit hat überall - in Industrie- wie in Dritte Welt-Ländern - auch dort, wo Wachstum möglich war, nicht ab-, sondern zugenommen. Auch

die globale Armut und der Abstand zwischen Einkommensgruppen haben sich verschärft. Die Heilsversprechungen des Neoliberalismus‘ zur Modernisierung der Industrie- und Entwicklungsländer haben sich als pure Ideologie erwiesen. Heraus gekommen ist dagegen, dass Reiche reicher und Arme ärmer wurden. Der Neoliberalismus ist eine Strategie der Reichtumsumverteilung und des Nullsummenspiels, führt an einem Ort zu mehr Beschäftigung, weil an einem anderen Ort gleichzeitig Menschen auf die Straße gesetzt werden, und er stimuliert Wachstum nur durch Verbilligung von Arbeit und Natur, somit durch Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Lebensgrundlagen. Echte Modernisierungen - wo sie durch den Zerfall verkrusteter staatlicher wie nicht-staatlicher Strukturen tatsächlich stattfinden - sind allenfalls Nebeneffekte neoliberaler Konzepte, jedoch nicht deren Hauptzweck.

Als weiteren Negativposten neoliberaler Rezepte erlebten Millionen Menschen dank einer grenzenlosen Liberalisierung der Finanztransaktionen die sozialen Auswirkungen von Finanzskandalen und Buchhaltungsfälschungen einer Reihe international agierender Großbanken und -konzerne. Viele Menschen kennen inzwischen das wahre Gesicht des Neoliberalismus und spüren ihre Ohnmacht gegen die unsichtbare Diktatur der Reichen. Nicht ohne Grund können offizielle Zusammenkünfte neoliberaler Repräsentanten inzwischen nur noch unter Polizeischutz stattfinden, während der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung weltweit gewachsen ist. Es wäre aber politisch naiv, deshalb den Neoliberalismus in einer ernsthaften Legitimationskrise zu wähen. Diese Legitimationskrise muss m.E. erst herbeigeführt werden.

Das humanitäre Leitbild als Alternative zur neoliberalen Leitkultur

Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Arbeit und weniger Lohn und Sozialleistungen, diese Leitkultur hat der Neoliberalismus längst in die Köpfe

der Menschen eingepflanzt. Seine kulturelle Hegemonie wirkt wie eine ideologische Richtschnur, an der sich Neoliberale überall in der Welt orientieren - ohne dass es deshalb eines neoliberalen Zentralkomitees bedurft hätte. Neoliberale Schlüsselbegriffe und Wertekanons werden dabei ausschließlich aus der Sicht des Kapitals, der Industriekonzerne und Finanzmagnaten interpretiert. Unter dieser Perspektive meinen Neoliberale mit Liberalisierung nicht mehr Freiheit für die Menschen, sondern die ungehinderte Bewegung der Finanz- und Warenströme über den gesamten Globus. Mit Flexibilisierung meinen sie nicht die Idee, den vielfältigen Bedürfnissen und Interessen der Menschen Rechnung zu tragen, sondern die menschliche Arbeit und Existenz überhaupt soweit wie möglich den betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien, dem Tempo der Roboter und dem 24-Stunden-Rhythmus der Verwertungsmaschinerie unter zu ordnen. Mit Privatisierung meinen sie keineswegs die Erweiterung menschlicher Privatsphäre und der Räume für selbstbestimmte Eigenarbeit sowie andere Möglichkeiten der Selbstverwirklichung durch Zurückdrängung der entfremdeten Erwerbsarbeit - nein, das meinen sie damit ganz und gar nicht. Vielmehr ist damit gemeint, so viel als möglich an öffentlichen Gütern wie soziale Dienste, Gesundheitspflege, Bildung, Wasser- und Energieversorgung, die Sicherheit (Polizei und Armee) - warum nicht auch die Justiz - dem Zugriff der Finanzwelt zuzuführen und kapitalistischen Verwertungsbedingungen unter zu ordnen. So gesehen verkehrt der Neoliberalismus die an sich positiven Werte wie mehr individuelle Freiheiten und Flexibilität, mehr Raum für die Privatsphäre der Menschen, Werte also, die die Menschen faszinieren, inhaltlich ins Gegenteil und wendet sie im realen Leben gegen mehr individuelle Freiheiten und die Grundbedürfnisse für die Menschen. Welche Politik aus diesem Leitbild im Einzelnen abgeleitet wird, erleben wir in Deutschland durch die Folgen der rot-grünen Agenda 2010 für Rentner, für Erwerbslose und im Prinzip für alle sozialen Versorgungsdienste. Wir erfahren sie durch Vorschläge der „waschechten“ Neoliberalen in der Opposition, denen all die unsozialen

"Reform"-Pakete der rot-grünen Regierung noch nicht weit genug gehen, und wir erleben die Auswirkungen neoliberaler Politik in ähnlicher Form auch in allen anderen Ländern der EU.

Die Zeit dafür ist reif, dem neoliberalen Leitbild, das sich der Finanzwelt, dem Kapital und den Maschinen verpflichtet, ein anderes Leitbild, das aus den Interessen, Grundbedürfnissen und Grundrechten der Menschen herrührt, gegenüber zu stellen. Die weitverbreitete Lebenslüge, *alles was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Menschen gut*, muß in die zukunftsfähige Lebensweisheit *alles was für die Menschen gut ist, muß auch für die Wirtschaft gut sein* humanitär gewendet werden. Die usurpierten Schlüsselwerte wie individuelle Freiheiten, Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und das Recht an erweiterten privaten Entfaltungsräumen müssten zurückerobert, aus humanitärer Sicht neu interpretiert und auf alle gesellschaftlichen Bereiche in konkrete Handlungen übersetzt werden. Das Fehlen dieses Leitbildes ist der Hauptgrund für das Ohnmachtsgefühl und die Lähmung vieler Menschen, die angesichts der konkreten Auswirkungen des Neoliberalismus auf ihren Alltag ihr Vertrauen in alle politischen Parteien und Repräsentanten, ja selbst auch in die Gewerkschaften verloren haben. Dieselben Menschen würden aber aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Ohnmacht und Selbstblockade lieber heute als morgen überwinden, würde eine am Menschen orientierte Perspektive am gesellschaftlichen Horizont für alle erkennbar angekündigt werden. Diese Perspektive legt allen Reformkräften in der Gesellschaft nahe, mit einem humanitären Leitbild, das den Menschen Hoffnung gibt und sie motiviert, in die politische Offensive zu gehen und der neoliberalen Lebenslüge die Legitimationsgrundlage zu entziehen.

Aus der Krise in die politische Offensive: Weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität - 30-Stunden-Woche für Deutschland und Europa bis 2010

Was bedeutet aber unter den Bedingungen der Schwäche linker Parteien und Gewerkschaften der Krise des Links-Keynesianismus, eine politische Gegenoffensive? Ist es möglich, den neoliberalen Teufelskreis zu durchbrechen, die globale Mega-Planieraupe zu bremsen, die unsichtbare Diktatur zu entzaubern und die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus durch ein humanitäres Leitbild zu überwinden? Die Antwort lautet grundsätzlich ja, aber nur unter bestimmten Bedingungen: *Erstens* müsste von der Illusion der Wunder eines ungebändigten Wachstums Abschied genommen werden und *qualitatives Wachstum* als ökonomisch wie moralisch positives Ziel anerkannt werden. Selbst ein *Nullwachstum auf hohem Niveau* ist ein höchst anspruchsvolles Ziel, das Gestaltungspotentiale mobilisiert. Und *zweitens* müsste die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit - 30-Stunden-Woche bis 2010 - als die einzig mögliche Alternative zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt und qualitativen Wachstumsmustern konform konzipiert werden. Eine Strategie des qualitativen Wachstums zielt auf den Ausbau von sozialen Dienstleistungen, der ökologischen Landwirtschaft und der regenerativen Energiequellen. Dies sind Boomsektoren, die gerade in hochentwickelten Industriegesellschaften wie Deutschland eine schier unerschöpfliche Quelle für neue Arbeitsplätze darstellen. Dass soziale Dienstleistungen nur Geld und Steuereinnahmen belasten, ist eine Legende, bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass auch im sozialen Dienstleistungssektor hochwertige Arbeitsplätze entstehen und immaterielle Reichtümer beträchtlichen Ausmasses geschaffen werden.

Qualitatives Wachstum, weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität - dies sind neue inhaltliche Orientierungspunkte, die helfen, verlorenes Terrain für echte Reformen und für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt zurück zu gewinnen. Dazu bedarf es allerdings einer in sich stimmigen, realisierbaren und

auch politisch vermittelbaren Alternative zur neoliberalen Strategie des *mehr Arbeit für weniger Lohn und Massenarbeitslosigkeit*. Dreh- und Angelpunkt auch der 30-Stunden-Woche ist die *Wettbewerbsfähigkeit*. Der Neoliberalismus verwandelt dieses Steuerungsprinzip kapitalistischer Produktion in eine *heilige Kuh*, der menschliche Grundbedürfnisse zu opfern sind. Die humanitäre Alternative muss überzeugend dokumentieren, dass Wettbewerbsfähigkeit mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht im Widerspruch stehen muss. Die kostenneutrale *Verkürzung der Erwerbsarbeit auf die 30-Stunden-Woche ohne (bzw. mit gestaffeltem) Lohnausgleich bis 2010*, d. h. weniger Erwerbsarbeit ohne zusätzliche Kosten für die Kapitaleseite, aber auch für den öffentlichen Dienst als den größten Arbeitgeber, trägt sowohl dem Prinzip Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wie dem Interesse der öffentlichen Arbeitgeber Rechnung. Für private und öffentliche Arbeitgeber entstehen dadurch keine zusätzlichen Personalkosten. Die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* ist, wie im Folgenden näher erläutert wird, in sich stimmig und auch realisierbar, ohne kapitalistische Rahmenbedingungen auf den Kopf stellen zu müssen.

Umverteilung von Arbeit und Einkommen

Eine Umverteilung der Erwerbsarbeit und des Einkommens ohne substantielle Wohlstandsverluste ist - dies kann vorausgeschickt werden- durchaus möglich. In 2002 waren in Deutschland 42.022 Millionen Erwerbspersonen, 37,962 Millionen Erwerbstätige und 4.060 Millionen Erwerbslose registriert. Die Erwerbstätigen leisteten insgesamt 55.881 Mrd. Stunden Arbeit. Um Vollbeschäftigung zu verwirklichen, müsste dieses Arbeitsvolumen auf 42,022 Millionen Erwerbstätige umverteilt werden. Die 2002 geleistete Jahresarbeitszeit von 1.472 Stunden reduzierte sich dann auf 1.330 um 142 Stunden, somit um

9,6 %.³ Die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit für abhängig Beschäftigte von 34,6 Stunden in 2002 auf 30 Stunden in 2010 entspricht einer Arbeitszeitverkürzung um 13,3 %, sie führt in einem statischen Modell rein rechnerisch zu "Überbeschäftigung". Bei einer dynamischen Betrachtung nimmt die 30-Stunden-Woche die frei werdenden Beschäftigungskapazitäten als Folge weiterer Produktivitätssteigerungen - die demnächst zu erwarten sind - jedoch vorweg und stellt daher eine richtige Zielgröße dar, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und die erreichte Vollbeschäftigung mittelfristig auch zu halten.

Soweit die Statistik. - Die entscheidende Frage ist jedoch, wie die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* bei den lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten akzeptanz- und auch gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht und politisch durchgesetzt werden kann. Die Kostenneutralität bedeutet die sukzessive Senkung des Bruttoeinkommens der abhängig Beschäftigten von 1.130,53 Mrd. Euro in 2002 bis 2010 um 13,3 % bzw. insgesamt ca. 150 Mrd. Euro. Dieser Einkommensverzicht erscheint für Millionen Beschäftigter, die einkommensschwach sind, als eine Zumutung und ist es auch. Genau darin liegt deshalb auch die Hauptschwäche dieser Alternativstrategie begründet, die jedoch nicht unüberwindbar sein dürfte:

Erstens könnten die dabei eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit - sie betragen in Deutschland jährlich ca. 80 Mrd. Euro⁴ - zur Staffelung bzw. teilweisem Lohnausgleich, vor allem bei unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, verwendet werden, und *zweitens* müsste die Restsumme von 70 Mrd. Euro im Wesentlichen durch höhere Einkommensgruppen aufgebracht werden. Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit für die Hinnahme von Einkommensverlusten in

³ Näheres vgl. Anlage

⁴ Der hier geschätzte Betrag beruht auf für 1997 detailliert berechneten Kosten von 165,9 Mrd. DM bei 4,384 Millionen Erwerbslosen (vgl. Altmann, 200, S. 114 f.) In 2002 dürfte sie geringer ausfallen, möglicherweise um ca. 8 % angesichts von 4,060 Millionen, d. h. 8 % weniger Erwerbslosen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit setzen sich zusammen aus Ausgaben und Mindereinnahmen für die Bundesagentur für Arbeit, für den Bund, die Länder und Gemeinden sowie für die Kranken- und Pflegeversicherung.

dieser Größenordnung sollte jedoch folgendem Umstand Rechnung getragen werden: Die Job-Besitzer und gut Verdienenden verloren in den letzten zwei Dekaden gerade wegen anhaltender Massenerwerbslosigkeit und der darauf beruhenden dramatisch geschwächten Kampfkraft der Gewerkschaften auf schleichendem Wege ohnehin ihren "Besitzstand", und zwar durch Reallohn-Abbau und Streichung von Sozialleistungen. Mehr noch: gegenwärtig haben Neoliberale eine neue Offensive für mehr Arbeit bis 42 Stunden in der Woche und zwar ohne Lohnausgleich gestartet. Es besteht kaum Zweifel, dass sie - dank des Drucks der Mega-Planierraupe, den diese auf der schiefen Ebene des globalen Lohngefälles permanent erzeugt - auch durchaus in der Lage wären, ihre neuerliche Offensive durchzusetzen, würde ihr eine wettbewerbsneutrale Gegenoffensive für *weniger Erwerbsarbeit mit aller Macht nicht entgegengesetzt werden*. Dass die 30-Stunden-Woche durchaus ein realisierbares Ziel ist, zeigen die Entwicklungen in Holland und Dänemark. In Holland beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit inzwischen sogar unter 30 Stunden und die Erwerbslosenquote 3,2 %, beide Werte sind die niedrigsten in Europa. In Dänemark beträgt die Wochenarbeitszeit 33,5 Stunden und die Arbeitslosenquote 4,7 %.⁵ Je niedriger also die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, desto geringer die Erwerbslosigkeit. Dieses Ziel wurde in beiden Ländern, vor allem durch die Verwandlung einer beträchtlichen Anzahl von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze, d. h. im Endergebnis und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich erreicht.

Mit einem Verzicht auf Lohnausgleich auch in Deutschland heute wird ferner dafür gesorgt, dass morgen Einkommenszuwächse überhaupt möglich werden. Natürlich ließe sich rein rechnerisch auch eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich begründen, beispielsweise durch Umschichtung der

⁵ Vgl. dazu Spitzley, Helmut, 2003: Vorwärts zur 42-Stunden-Woche? In: Tageszeitung vom 25.11.2003.

Steuerentlastungen von der Kapitalseite auf die Seite der abhängig Beschäftigten. Dafür gibt es auch gute soziale und moralische Gründe. Dennoch bleibt diese rechnerisch und moralisch durchaus begründete Option - wie in den letzten 15-20 Jahren - auch in Zukunft defensiv und politisch wirkungslos, weil sie dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Planierraupe und den Drohungen, Betriebe in alle Richtungen, erst nach Osteuropa und dann in den Süden, auszulagern, ökonomisch nichts entgegen setzt. Umgekehrt wird die Alternative *kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung* trotz Einkommenszugeständnissen an die Kapitalseite, so ihre Akzeptanzfähigkeit bei den abhängig Beschäftigten gewährleistet ist, zu einer politisch offensiven Strategie, weil sie dem Kapital den durch die neoliberale Mega-Maschine wirkungsvoll erzeugten Wind ebenso wirkungsvoll aus den Segeln nimmt. Obgleich Unternehmerverbände auch dann nicht aufhören würden, das weiterhin bestehende globale Lohngefälle für ihre Ziele von *mehr Arbeit ohne Lohnausgleich* mit der einkalkulierten Massenarbeitslosigkeit zu instrumentalisieren, würden sie doch angesichts einer mit erheblichen Zugeständnissen der abhängig Beschäftigten verbundenen Alternative mächtig unter Legitimationsdruck geraten. Ließen sich Neoliberale und Unternehmerverbände auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ein, begäben sie sich auf den Rückzug; verweigerten sie sich dagegen dieser Alternative, dann riskieren sie das Auseinanderbrechen der neoliberalen Allparteien-Koalition. So oder so - die neoliberale Hegemonie geriete aller Wahrscheinlichkeit in jene Legitimationskrise, die nötig ist, um große Hindernisse für die humanitäre Perspektive *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Vollbeschäftigung* aus dem Weg zu räumen. Der Damm, der die globale Mega-Planierraupe abbremsen könnte, wäre errichtet.

Weniger Erwerbsarbeit und mehr Flexibilität

Die 30-Stunden-Woche ist zunächst eine Zielgröße und der Orientierungspunkt eines neuen humanitären Leitbildes, das nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft, sondern in noch stärkerem Masse den Menschen in den Vordergrund stellt. Diese Zielgröße müsste allerdings aus der Mikro-Perspektive auf die unendlich vielfältigen, betrieblichen Besonderheiten und Erfordernisse der Groß- und Mittelstandsbetriebe, des öffentlichen Dienstes und der kommunalen Versorgungsbetriebe flexibel für Beschäftigte und am Kundeninteresse orientiert übersetzt und geregelt werden. Warum sollten sich die 4 Millionen Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten, einer flexibleren Arbeitszeit im Interesse einer patientenfreundlicheren Dienstleistung verweigern, wenn ihnen im Gegenzug eine flexible Arbeitszeitregelung zugestanden würde, die ihren individuellen Freiheitsraum spürbar verbessert. Warum sollte dasselbe Prinzip nicht auch für andere Bereiche, ja für den gesamten Dienstleistungsbereich in Kommunen und Gemeinden, gelten. Dies humanitäre Leitbild eröffnet durch flexiblere Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit insofern die Perspektive, den spezifischen Bedürfnissen aller abhängig Beschäftigten, der Teilzeitbeschäftigten, der Alleinerziehenden und unterschiedlicher Altersgruppen differenzierter als bisher Rechnung zu tragen und ihnen dadurch zu ermöglichen, ihre individuellen Freiheitsräume und Gestaltungsoptionen zu erweitern sowie ihre Privatsphäre zwecks sinnvollerer Kombination zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit neu zu organisieren.

Europäische Perspektive des Projekts

Diese Perspektive ist zwar komplex, jedoch mittelfristig letztlich unausweichlich. Arbeitszeitverkürzung als nationale Politikstrategie dürfte dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Maschine nicht standhalten. Als europäisches Konzept kann sie umgekehrt die Strategie der europaweit organisierten Konzerne durchkreuzen, die europäischen Staaten durch

Standortwettbewerb gegeneinander ausspielen. Die europäische Perspektive erfordert durchaus nicht den gleichzeitigen Start des Projektes in allen europäischen Staaten. Es dürfte genügen, die Initiative zunächst auf einige wichtige EU-Staaten mit starken Traditionen der Arbeiterbewegung, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen - wie Frankreich, Italien, Deutschland, England und Spanien - zu konzentrieren. Das wäre komplex genug und für alle Beteiligten ohnehin eine Herausforderung von historischem Gewicht. Nicht unwichtig ist auch - quasi als Nebenprodukt - die Herausbildung einer sozialpolitisch untermauerten europäischen Identität und die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie nicht nur gegen die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus in Europa, sondern auch für den Aufbau einer multilateralen, sozial- und ökologisch gerechten Weltordnung.

Globale Gerechtigkeit

Die Umverteilung der Arbeit ohne Lohnausgleich innerhalb unterschiedlicher Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten in Deutschland, in Europa und in allen entwickelten Industrieländern schwächt teilweise den Wachstumszwang und bremst von innen das Tempo der Mega-Planieraupe, erteilt ihm jedenfalls keine zusätzlichen verteilungsbedingten Impulse. Noch gravierender ist das Signal, das von der Bereitschaft der Menschen für *weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität* gegen *weniger Einkommen und Wirtschaftswachstum* insgesamt ausgeht. Aus der Perspektive der ökologischen und globalen Gerechtigkeit ist die Einsicht immer weniger strittig und immer mehr handlungsrelevant: Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist das Zeitalter des ökonomischen Wachstums und der Konsumsteigerung in den Industrieländern des Nordens endgültig vorbei. Im 21. Jahrhundert stehen Umverteilung und nachhaltige Entwicklung auf der Tagesordnung. Die Umverteilung der Arbeit muss daher mit einer Umverteilung des Einkommens zwischen reichen und

armen Ländern einher gehen. Nur so erhalte die Perspektive einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und der Reformen globaler Institutionen (WTO, IWF, Weltbank) eine materielle und moralische Grundlage. Dies gilt umso mehr, als die bisher erzielten Wachstumszuwächse und Einkommenssteigerungen auch bei abhängig Beschäftigten in den Industrieländern auf Grund asymmetrischer Strukturen der Weltwirtschaft zum Teil aus diversen Süd-Nord-Umverteilungsprozessen wie dem unfairen Handel, Sozial- und Ökodumping, Kapitalflucht, Brain Drain und Übernutzung natürlicher Ressourcen in allen Weltregionen herrühren. Wie man sieht, kann das Projekt 30-Stunden-Woche auch ein Fenster zu einer anderen und gerechteren Weltordnung öffnen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb das Projekt ein europäisches sein müsste. Europa hätte in der Weltwirtschaft jenes ökonomische Gewicht, das nötig ist, um für die Reformen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung die erforderliche Sogwirkung zu erzeugen.

Historisches Projekt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Die Gefahr von Bumerang-Effekten, vor allem der Zunahme von Schwarzarbeit bei Arbeitszeitverkürzungen und Einkommensverlusten, ist nicht von der Hand zu weisen. Um diese Effekte aufzufangen, bedarf es gleichzeitig der Entwicklung alternativer Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit, zur Erhöhung individueller Selbstverwirklichungsoptionen und zur Steigerung der Lebensqualität. Diese Möglichkeiten einer sinnvolleren Kombination der Erwerbsarbeit zur Eigenarbeit und Veränderung herkömmlicher Konsummuster müssten akzeptanzfähig, erfahr- und erlebbar gemacht werden. Insofern hätte das Projekt eine umfassendere, gesellschaftliche Reichweite, die über die beschäftigungspolitische Dimension deutlich hinausgeht. Alternative Projekte, wie geschlechtergerechte Arbeitsteilung, Weiterbildung und Selbstverwirklichung, bürgergesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung

Bedürftiger und zum Schutz der Umwelt, erhielten einen spürbaren Rückenwind. Einem Minus von Einkommen steht ein Plus an verfügbarer Zeit für jeden selbst, für die Familie und für ein solidarisches Zusammenleben, insgesamt ein Mehr an Lebensqualität und Zeitwohlstand, gegenüber. Die hier nur ansatzweise genannten Interessen, Bedürfnisse, Strategien und Visionen sozialer Bewegungen, NGOs, kirchlicher Organisationen für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt stünden nicht länger im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Interessen, sondern ergänzten und bedingten einander. Darauf beruht die Hoffnung zur Herausbildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz und eines hegemonialen Projektes für "eine andere Welt".

Delegitimierung des Neoliberalismus

Die Bereitschaft zum Verzicht auf Lohnausgleich, d.h. die Kostenneutralität des Projektes, liefert keine Garantie für dessen Akzeptanz auf der Seite der neoliberalen Ideologen und der Unternehmerverbände. Denn das Projekt als Ganzes tangiert die Fundamente der asymmetrischen Macht- und Reichtumsverteilung in Deutschland und - in einem größeren Zusammenhang - auch auf der Welt. Daher muss damit gerechnet werden, dass rückwärtsgewandte Unternehmerverbände, neoliberale Medien, Parteien sowie Politiker und Politikerinnen dieses Projekt trotz des weitreichenden Entgegenkommens der abhängig Beschäftigten aufs Schärfste bekämpfen werden. Die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz für das Projekt erfordert daher bei allen Beteiligten erhebliche Anstrengungen und eine offensiv geführte Debatte und Aufklärung, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen. Der Verzicht auf Lohnausgleich ist neben dem Beitrag für eine ökologische und sozial gerechtere Weltwirtschaft der strategische Kern des Projektes, um aus der Defensive herauszukommen. Die wachsende Ablehnung neoliberaler Globalisierung, die inzwischen alle gesellschaftlichen Gruppen erfasst hat, bietet

eine Plattform für Konsensbildung und die Entstehung einer hegemonialen Allianz mit sozialökologischer Ausrichtung. Die globalisierungskritischen Strömungen in Europa, vor allem attac, könnten dabei zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Eine-Welt-Bewegungen die Rolle einer kommunikativen Brücke übernehmen. Die nach Porto Allegre entstandenen Sozialforen könnten sich als Vorboten für eine breite gesellschaftliche Allianz erweisen, das "Projekt Agenda 2010 / 30-Stunden-Woche in Europa" voran zu bringen.

Einwände

Viele teils berechtigte, teils mißverständlich entstandenen Einwände sind explizit oder implizit in den obigen Ausführungen beantwortet worden. Dennoch macht es Sinn, zur Vermeidung von neuen oder anderen Mißverständnissen und zur Klärung von möglichen, immer noch offenen Fragen, die nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs dieses Beitrages schriftlich oder bei mündlichen Debatten vorgetragen worden sind, auf die zentralen Einwände des Projekts *Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich* im Einzelnen einzugehen und dabei die einen oder anderen Aspekte kritisch reflektierend hervorzuheben, die bei obiger Darstellung unpräzise geblieben oder vielleicht ganz herausgefallen sind:

Sozial ungerecht und defensiv

Wenn es nicht gelänge, den gegenwärtigen Lebensstandard unterer Einkommensgruppen zu halten, wäre das Konzept tatsächlich nicht nur ungerecht, sondern auch nicht mobilisierungsfähig. Durch eine Umschichtung von ca. 80 Mrd. Euro zu Gunsten einkommensschwacher Gruppen, die die Arbeitslosigkeit gegenwärtig kostet, könnten die Verluste diese

Einkommensgruppen rein rechnerisch mehr als wettgemacht werden. Immerhin machen diese Mittel ca. 60 % der Einkommensverluste aller abhängig Beschäftigten aus. Effektive Verluste höherer Einkommensgruppen von ca 70 Mrd.Euro, die von den insgesamt 150 Mrd. Euro Einkommensverlust übrig bleiben, bedeuten zwar weniger Geld auf der Hand, jedoch nicht zwangsläufig einen geringeren Wohlstand daheim. Vielmehr ist es naheliegend, dass dadurch der Anreiz beträchtlich erhöht wäre, die Präferenzen zu Gunsten sinnvoller Konsumgüter neu zu setzen und dabei auf „verschwenderischen“ Konsum (hier und da vielleicht Zweitautos, mehrmalige Kurzurlaube auf Mallorca, den Kanaren und noch weiter entfernt liegenden Urlaubsparadiesen u. ä.) zu verzichten und der sinnvolleren Nutzung der vorhandenen Ressourcen (z. B. durch car-sharing, Generationen überschreitendes Wohnen u. a. m.) einen höheren Wert einzuräumen. Soziale Gerechtigkeit erhielte bei weniger Erwerbsarbeit jenseits rein monetärer Größen ohnehin einen qualitativ neuen Sinn.

Eine Arbeitszeitverkürzung, die unter dem Strich kostenneutral ist, sei ein großes Zugeständnis an die Kapitaleseite und daher defensiv. In der Praxis läßt sich die Frage defensiv oder offensiv, nicht logisch und abstrakt, sondern nur historisch und in Abhängigkeit von konkreten Rahmenbedingungen beantworten. In den achtziger Jahren wäre dieses Konzept rein tarifpolitisch in der Tat defensiv gewesen. Damals war es möglich, die 35-Stunden-Woche auch bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen, diese Forderung war auch gesellschaftlich mehrheitsfähig. 2003 scheiterte dasselbe Konzept in den neuen Bundesländern; viel schlimmer, das Scheitern half der Kapitaleseite, ihre Strategie *Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich* hemmungsloser als je zuvor zur Sprache zu bringen und sie auch Schritt für Schritt durchzusetzen.

Sinkende Binnennachfrage

Bei einer statischen Betrachtung sinkt rein rechnerisch bis 2010 die Binnennachfrage im Vergleich zu 2002 um 13,3 %. Bei einer dynamischen Betrachtung und der zu erwartenden steigenden Kampfkraft der Gewerkschaften besteht jedoch die begründete Aussicht, entsprechend den Produktivitätssteigerungen Einkommenszuwächse durchzusetzen, so dass das gegenwärtige Niveau der Binnennachfrage unter dem Strich mittelfristig durchaus erhalten bliebe. In dem Maße wie soziale Dienstleistungen durch Umschichtung der Ressourcen ausgebaut und damit neue Potentiale für qualitatives Wachstum erschlossen werden, in dem Maße könnte die Binnennachfrage im Rahmen des qualitativen Wachstumsmusters langfristig sogar erhöht werden.

Steigende Verdichtung der Arbeitsleistung, neue Rationalisierungsschübe und daher weitere Massenentlassungen

Tatsächlich haben Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit in der Tat die Erhöhung der Arbeitsintensität durch Beschleunigung des Arbeitsprozesses und durch mehr Stress hervorgerufen. Dabei hat allerdings der dabei erzielte Lohnausgleich und die Kostensteigerung durchaus eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Die Kapitaleseite reagierte auf Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ihrerseits in der Regel mit Rationalisierung und Massenentlassungen, sowie durch Steigerung des Arbeitstempos und inhumane Flexibilisierung der Arbeit. Die Kostenneutralität der Arbeitszeitverkürzung nimmt dagegen dem Kostendruck eher die Spitze und könnte den Arbeits- und Wachstumsprozess teilweise sogar entschleunigen. Bei dem Entgegenkommen durch den Verzicht auf Lohnausgleich hätten Gewerkschaften bei den dann fälligen Tarifverhandlungen auf jeden Fall einen größeren tarifpolitischen Spielraum, die

Kapitalseite zur Einstellung von Erwerbslosen im Umfang der Arbeitszeitverkürzung zu verpflichten.

Systemimmanenz

Dieser Einwand trifft zunächst einmal zu. Verkürzung der Erwerbsarbeit mit oder ohne Lohnausgleich ist per se nicht antikapitalistisch. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich steuert zwar konsequenter als bisher das System zur ökosozialen Marktwirtschaft und könnte den Kapitalismus in den Industrieländern durch steigende Akzeptanz sogar stabilisieren. Auch eine andere gerechtere Weltwirtschaft läutet durchaus nicht das Endes des Systems ein, ganz im Gegenteil: eine gerechtere Verteilung des Einkommens in der Welt in den Industrieländern nach dem Krieg - zu allererst die globale Konsumnachfrage und verbessert damit die Voraussetzung für eine erneute Entfesselung der Kapitalakkumulation und des globalen Wirtschaftswachstums in ungeahntem Ausmass. Über diese Perspektive sollte man sich keine Illusionen machen. Und dennoch öffnet das Leitbild *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung für alle* ein Fenster der Hoffnung, um einen immer größeren Teil der materiellen Güterherstellung und Dienstleistungen den Triebkräften der kapitalistischen Akkumulation und den diesen innewohnenden "Sachzwängen" zu entreißen und dem menschlichen Willen zuzuführen; immerhin eine Perspektive, die revolutionärer sein kann als verbalradikale Kapitalismuskritik.

Anlage

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit in Deutschland
Berechnung auf der Basis der Daten für 2002

1. Schlüsselstatistiken		2002
- Erwerbspersonen		42,022 Mio.
- Erwerbslose		4,060 Mio.
- Erwerbstätige		37,962 Mio.
- Erwerbslosenquote	alle	9,8 %
	abhängig Beschäftigte	10,8 %
- geleistete Arbeitsstunden	alle	55,881 Mio.
	abhängig Beschäftigte	47,081 Mio.
- durchschnittlich normale Wochenarbeitszeit von Vollbeschäftigten		39,9 Std.
- durchschnittliche Wochenarbeitszeit	alle	36,5 Std.
	abhängig Beschäftigte	34,6 Std.
- Brutto-Einkommen der abhängig Beschäftigten		1,130,53 Mrd. €
2. Abgeleitete Schlüssel-Kategorien		
- durchschnittliche Jahresarbeitszeit/Erwerbstätige		1.472,0 Std.
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden-Woche bis 2010 im Vergleich zu 2002	alle	17,8 %
	abhängig Beschäftigte	13,3 %
- Einkommensverluste der abhängig Beschäftigten bei 13,3 % Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich in 2010 im Vergleich zu 2002		150,36 Mrd. €
- Senkung der Jahresarbeitszeit zur Vollbeschäftigung der Erwerbspersonen um 142 Std. (55.881 Mrd. Std.: 42.022 Mio = 1.330 Std.; 1472 - 1330 = 142 Std.		9,6 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Angaben für Erwerbslose der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden und Mikrozensus in Bonn für alle übrigen statistischen Kategorien.

